



Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Strategie des Netzwerks Bürgerhaushalt

Protokoll

Datum: 13. Februar 2017, 13.00 – 17.00 Uhr

Ort: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Teilnehmende

Svetlana Alenitskaya, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Nadja Bonarius, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / Engagement Global gGmbH, Bonn
Stefanie Breuer, Stadt Köln
Hans Joachim Bruch, Pforzheim
Dr. Serge Embacher, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin
Johannes Fulgraff, Dialogprozesse und Beteiligungsverfahren / Großgruppenmoderation, Bonn
Tobias Haßdenteufel, Die Linke, Bonn
Christiana Hecken, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Birgit Jablonski, Stadt Köln
Dirk Lahmann, Stadt Bonn
Patricia Okello, Der Zeitgeist Shareity e.V., Ludwigshafen
Anja Prechtl, Stadt Bonn
Lisa Schönsee, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin
Werner Szybalski, Münster
Christa Widmaier, Consultant, Trainer, Bonn
Evelyn Wurm, Stabsstelle Bürgerbeteiligung, Solingen

Begrüßung und Konstituierung der AG Strategie

Serge Embacher, Leiter des Kooperationsprojekts Bürgerhaushalt im BBE, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Teilnehmenden und stellt kurz das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) vor, das seit Herbst 2016 neuer Partner im Kooperationsprojekt Bürgerhaushalt ist (Informationen zum BBE: www.b-b-e.de).

Anschließend erläutert Serge Embacher kurz die Genese der Arbeitsgruppe Strategie: Die Teilnehmer_innen des Netzwerktreffens 2016 in Stuttgart hatten sich dafür ausgesprochen, für die Vorbereitung der Netzwerktagung 2017 sowie zur Weiterentwicklung des Netzwerks eine Arbeitsgruppe aus interessierten Netzwerker_innen einzusetzen. Eines der Ziele der konstituierenden Sitzung ist es nun, über die von der Arbeitsgruppe zu diskutierenden Themen sowie über die Art und Weise der zukünftigen Zusammenarbeit zu entscheiden. Für die Gestaltung der Netzwerktagung 2017 sind aus der Tagung 2016 ebenfalls erste Impulse hervor gegangen. Die Tagung soll als nationale Konferenz mit bis zu 100 Teilnehmenden ausgerichtet werden. Neben dem Jahresschwerpunkt „Aktivierung“ (von Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt) soll auch das Thema „Bürgerhaushalt & Flucht in der Kommune“ aufgegriffen werden.

Selbstverständnis und Arbeitsweise der AG



Ausgehend von den in der Vorstellungsrunde benannten Erwartungen und Interessen entfaltet sich eine Diskussion über die gemeinsame Definition von Bürgerhaushalten. Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass je nach zugrunde liegendem Verständnis von Bürgerbeteiligung die Durchführung von Bürgerhaushaltsverfahren stark variiert. Schätzungen von Expert_innen des Netzwerks Bürgerbeteiligung zufolge werden BHH in bis zu 70 unterschiedlichen Varianten durchgeführt. Vor diesem Hintergrund einigt sich die Arbeitsgruppe darauf, dass die finanzielle Komponente, also die Beteiligung der Bürger_innen an finanziellen Entscheidungen der Kommune, als Alleinstellungsmerkmal für die im Rahmen der Arbeitsgruppe diskutierten Bürgerhaushaltsverfahren gilt. Eine Öffnung des Diskurses in Richtung Bürgerbeteiligung im Allgemeinen birgt zu sehr die Gefahr einer Verwässerung dieser zentralen Debatte, so der Konsens. Kooperationen mit Netzwerken der Bürgerbeteiligung werden dennoch als sinnvoll und erstrebenswert erachtet.

Diskussion von Schwerpunktthemen

a) Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement

In der Diskussion werden erste Impulse für zentrale Aspekte der Aktivierung benannt. Bürger_innen müssten von vornherein dafür sensibilisiert werden, welche Projekte im Rahmen der jeweiligen BHH-Verfahren überhaupt umsetzbar sind (Finanzierbarkeit / strukturelle Machbarkeit), um Enttäuschungen und Frustrationen vorzubeugen und auch den Arbeitsaufwand in den häufig für die Durchführung zu schwach besetzten Verwaltungen zu verringern. Eine Schwierigkeit bei diesem Vorhaben sei allerdings die Komplexität kommunaler Haushalte. Die jeweils eigene subjektive Lebensweltperspektive der Bürger_innen könne leicht mit den strukturellen Rahmenbedingungen des kommunalen Haushalts in Konflikt geraten.

Die zentralen Punkte der Diskussion lassen sich wie folgt fokussieren:

- Da meist nur ein geringer Teil der eingereichten Vorschläge mit den verfügbaren Mitteln überhaupt umsetzbar ist, bedarf es angemessener **Aufklärung in der Bürgerschaft** bereits in der Phase der Aktivierung für den Bürgerhaushalt. So scheint es unter den derzeitigen rechtlichen und haushaltsarchitektonischen Bedingungen nicht möglich zu sein, Bürger_innen *strukturell* über den kommunalen Haushalt mitbestimmen zu lassen. Das wirft den Debattepunkt auf, wie weit das Mitbestimmungsrecht von Bürger_innen reichen soll. Die entscheidende Frage lautet daher: Wie kann man für die Beteiligung am Bürgerhaushalt werben und dennoch ganz klar die Grenzen bzw. das Volumen des Verfahrens abstecken?
- Zur „Aktivierung“ gehört aber auch die Frage, **über welche Wege und Maßnahmen auch Politik und Verwaltung von vornherein mitgenommen werden können**. Bürgerhaushalte sind dialogische Verfahren (oder sollten es sein), bei denen alle Beteiligten von vornherein zusammenwirken sollten. Wenn Ergebnisse aus dem BHH-Verfahren verschleppt oder nicht richtig umgesetzt werden, wirkt sich das negativ auf die Aktivierung für weitere Beteiligungsverfahren aus.

- Der politische Wille zur Aktivierung für Bürgerhaushalte muss sich auch strukturell im **Personal der Verwaltung** niederschlagen, welches das Verfahren steuert und begleitet.
- Generell stellt sich die Frage, ob die Diskussion über den Bürgerhaushalt eher im Format einer **Ermöglichungsdebatte** (Was ist an bürgerschaftlicher Mitbestimmung möglich?) oder doch eher einer **Restriktionsdebatte** (Welche Grenzen hat der Bürgerhaushalt?) laufen soll.
- Als Problem wurde auch der **„Missbrauch“ von Bürgerhaushalten als kommunaler „Kummerkasten“** identifiziert. Das BBH-Verfahren wird häufig gar nicht im Sinne des Erfinders, sondern als Anlaufstelle für alle möglichen Anliegen genutzt.
- Zentral für die Frage der Aktivierung ist auch die **Gestaltung des BHH als Projekt „von oben“** (Kommune legt das Verfahren auf, das damit als Verwaltungsidee umgesetzt wird) **oder „von unten“** (aktive Bürger_innen bemühen sich proaktiv um eine Beteiligung am kommunalen Haushalt).
- Entscheidend ist auch, wie groß das **Volumen eines Bürgerhaushalts** ist. Häufig glückt die Aktivierung, doch anschließend kommen viel zu wenig sinnvolle Vorschläge zum Zuge, was dann rückblickend durchaus Anti-Aktivierungseffekte nach sich ziehen kann.

Vor dem Hintergrund der Debatte entstand die Idee, im Rahmen des Netzwerks eine Kommune im Sinne eines Best-Practice-Beispiels bei der Durchführung eines Bürgerhaushaltsverfahrens zu begleiten. Das Netzwerk könnte hier im Sinne kollegialer Beratung tätig werden und seinerseits Lerneffekte und Beobachtungen systematisieren. Die Ziele eines solchen Gestaltungs- und Begleitungsprojekts müssten allerdings genau definiert werden. Der aktuelle „Stand der Dinge“ ließe sich dann als ein Tagesordnungspunkt beim jährlichen Netzwerktreffen öffentlich thematisieren. Seitens der Kooperationspartner wird darauf hingewiesen, dass es allerdings einer Entscheidung des ganzen Netzwerks bedarf, wenn die skizzierte kollegiale Beratung ein zusätzliches künftiges Ziel sein soll. Es wurde vereinbart, diese Idee weiter zu diskutieren.

Zukünftig sollen unter dem Aspekt der Aktivierung auch die internationalen Kooperationen im und durch das Netzwerk verstärkt werden. Insbesondere seitens des Kooperationspartners SKEW besteht daran großes Interesse.

b) Bürgerhaushalt und Flucht

Danach diskutiert die Arbeitsgruppe, auf welche Weise das Thema Flucht Eingang in die Debatten des Netzwerks und in das Programm der Netzwerktagung 2017 finden kann und soll. Das Thema wurde in die Agenda für das Jahr 2017 aufgenommen, nachdem der Umgang von Kommunen mit dem großen Zuzug geflüchteter Menschen bereits beim Netzwerktreffen 2015 in Mannheim ein zentrales Diskussionsthema unter den Teilnehmenden war. In der Arbeitsgruppe „Aktivierung“ bei der Konferenz im vergangenen Jahr wurde erneut darüber diskutiert, wie man die Themen Bürgerbeteiligung / Bürgerhaushalt mit der Teilhabe möglichst *aller* Menschen im lokalen Raum miteinander verschränken kann. Zur weiteren Bearbeitung des Themas wird vorgeschlagen, in einem nächsten Schritt zu analy-



sieren, auf welchen Ebenen diskutiert werden muss, um eine genauere Fragestellung zu erarbeiten, die Eingang in das Konzept für die Netzwerktagung 2017 finden kann.

Nächste Schritte: Die zentralen Punkte der Diskussion wurden durch den Moderator auf Karten festgehalten (siehe Foto in der Anlage). Das BBE wird die Ergebnisse im Vorfeld der 2. Sitzung der AG Strategie noch einmal systematisch aufbereiten und nach Abstimmung mit den Kooperationspartnern an die AG-Mitglieder versenden. Auf dieser Basis kann die Diskussion dann fortgesetzt werden.

Vorbereitung der Netzwerktagung 2017

a) Ort und Termin

Die Optionen für Veranstaltungsorte in Jena (Tagungszentrum der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Dornburger Schloss, die Imaginata, Volksbad Jena) für die beiden in Frage kommenden Termine (18./19. Oktober und 25./26. Oktober) werden vorgestellt. Aufgrund der günstigen Lage entscheidet die Arbeitsgruppe für das **Volksbad Jena als Veranstaltungsort**. Damit verbunden werden der **25. und 26. Oktober 2017 als Termin für die Netzwerktagung** festgelegt.

b) Inhaltlicher Rahmen

Es wird darüber gesprochen, auf welchen Ebenen das Thema „Aktivierung“ im Rahmen der Netzwerktagung diskutiert werden soll. Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass sowohl die Seite der Verwaltung als auch die aktive Bürgerschaft in den Blick genommen werden müssen. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Ideen geäußert.

- Teil des Aktivierungsdiskurses sollte zum einen eine Definition der Ziele sein, die durch Aktivierung erreicht werden sollen.
- Ebenso wichtig ist es, einen Einblick in die Ziele und Motive zu gewinnen, die (a) die engagierte Bürgerschaft und (b) die Verwaltung bei der Durchführung bzw. Beteiligung an Bürgerhaushalten verfolgen.
- Im Aktivierungsdiskurs sollten auch die Aspekte „Aktivierung bestimmter Zielgruppen“, „politische Bildung als Basis demokratischen Handelns“, „Motive für Engagement / Beteiligung“ und „Transparenz im Verfahren als Voraussetzung für Beteiligung“ berücksichtigt werden.
- „Aktivierung“ meint auch die Aktivierung der Verwaltung. In diesem Zusammenhang soll untersucht werden, inwiefern und aufgrund welcher Ereignisse bzw. Faktoren sich die Motivation seitens der Verwaltung für die Durchführung von Bürgerhaushalten verändert haben. Ausgangspunkt für den Vorschlag ist die Feststellung, dass einige Kommunen nach wenigen Anläufen sich wieder vom Bürgerhaushalt verabschiedet haben.
- Ein anderer Vorschlag (siehe oben) zielt auf die Schaffung eines positiven Vorbilds im Sinne eines Best Practice-Beispiels. Die Idee ist, als Arbeitsgruppe eine Stadt / Gemeinde als Pilotkommune bei der Ein- und Durchführung des ersten Bürgerhaushalts im Vorfeld der Netzwerktagung und darüber hinaus zu begleiten und zu beraten. Der Stand des Ver-



fahrens, Erfolge und Schwierigkeiten auf dem Weg könnten im Rahmen der Netzwerktagung vorgestellt und diskutiert werden.

- Es soll angestrebt werden, mehr politische Entscheidungsträger wie z. B. Kommunalpolitiker oder Ratsmitglieder für die Teilnahme an der diesjährigen Netzwerktagung und für die Beteiligung am Diskurs im Netzwerk zu gewinnen. Bisher ist diese für die Aktivierung wichtige Zielgruppe stark unterrepräsentiert gewesen. Um dieses Ziel zu erreichen wird vorgeschlagen, (a) eine Diskussion dadurch anzustoßen, dass Zukunftsfragen formuliert und an politische Akteur_innen und Entscheidungsträger herangetragen und (b) Antworten im Sinne von Handreichungen zum Thema Bürgerhaushalt für eben diese Zielgruppe erarbeitet werden. Im Rahmen der Netzwerktagung könnte ein Programmpunkt eine Podiumsdiskussion mit Vertreter_innen aus Politik und Bürgerschaft sein.

Verabredung weiterer Termine und des weiteren Verfahrens

- Das Team Bürgerhaushalt des BBE fasst die wesentlichen Punkte und Ergebnisse der Sitzung zusammen und erarbeitet auf dieser Basis einen Vorschlag für eine Tagesordnung für die Netzwerktagung 2017, der mit den Kooperationspartnern bpb und SKEW abgestimmt und weiterentwickelt wird.
- Frühzeitig vor der Sommerpause wird ein Safe-the-Date für die Netzwerktagung 2017 versendet. Nach der Sommerpause folgt die Einladung mit dem endgültigen Programm.
- Die Arbeitsgruppe „Strategie“ trifft sich im Vorfeld der Netzwerktagung noch zwei Mal. Das nächste Treffen findet am **3. April 2017** auf die freundliche Einladung von Frau Jablonski hin in Köln statt. Das dritte Treffen soll im Juli in Bonn stattfinden. Den genauen Termin legen die Kooperationspartner fest.
- Zu der Sitzung am 3.4. in Köln soll ein_e Referent_in eingeladen werden der_die einen Überblick der verschiedenen Formate von Bürgerhaushalten in Deutschland präsentiert. Dabei soll auf ein im Vorfeld der Sitzung eingegangenes Angebot von Volker Vorwerk (bürgerwissen) zurückgegriffen werden, der eine entsprechende Studie erstellt hat. Der Input wird im Vorfeld der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe an die Teilnehmer_innen versendet.
- Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden in Form des Sitzungsprotokolls auf der Seite www.buergerhaushalt.org veröffentlicht.

(Protokoll: Lisa Schönsee)